



Sieht nur auf den ersten Blick idyllisch aus: Blick vom Laagberg in Wolfsburg Foto: Julian Stratschulte/dpa

Eigentlich sollte es tabu sein, auf einem einstigen KZ Gelände ein Einkaufszentrum zu errichten. Einfach eine glatte Benutzer- bzw. Konsumoberfläche über die Vergangenheit zu legen. Denn eine KZ-Gedenkstätte ist zwar kein heiliger, aber doch ein Ort des Leidens und Sterbens, gebaut auf Menschenverachtung und Rassensinn des NS-Regimes.

Aber so war es in Wolfsburg ja auch nicht gedacht; die KZ-Reste wurden vielmehr überraschend während der Bauarbeiten gefunden. Entsprechend hilflos waren erste Ideen, die Steine irgendwo hinzubringen, wo sie weniger stören. Das klang so pragmatisch wie zynisch, und deshalb taten KZ-Überlebendenverbände gut daran, zu protestieren.

Das Wolfsburger Kompromissangebot, die Fundamente liegen zu lassen und mit einem nahen Gedenk- und Bildungsort zu verbinden, wirkt indes so besonnen wie modern. Besonnen, weil es Respekt vor dem Original-Ort zeigt, der vielen etwas bedeutet. Modern, weil er das Gedenken – pädagogisch geschickt – in den Alltag integriert.

Ähnlich ist man beim Mercado-Einkaufszentrum in Ham-

burg-Altona auf einem einstigen jüdischen Friedhof sowie beim Hamburger Gedenkort Hannoverscher Bahnhof verfahren, wo sich Park-Ästhetik und Deportations-Gleise treffen.

Und unabhängig davon, warum man das Gedenken jeweils in den Alltag zog: Die Folge war nicht etwa eine Missachtung der Opfer oder das Einebnen der Erinnerung, sondern erhöhte Aufmerksamkeit durch Präsenz. Und das ist ja letztlich auch die Botschaft: Der Holocaust geschah nicht nur psychologisch, sondern auch geografisch genau hier und Antisemitismus und Rassismus sind noch immer nicht gebannt.

Abgesehen davon erreicht man durch dieses niedrigschwellige Erinnern weit mehr – und vor allem auch andere – Menschen als mit einem abgeschotteten Gedenkort, zu dem man eigens anreisen muss. Letztlich braucht man also beides: den auratischen Gedenkort mit eigenen Ritualen sowie den nahen Stolperstein, das KZ-Fundament auf der Straße, vorm Geschäft. Sie werden sich – gerade weil sie unsere tägliche Gedankenlosigkeit stören – umso nachhaltiger ins Gedächtnis fräsen.

PETRA SCHELLEN

Eine Spur in die Vergangenheit

DEBATE Bei Bauarbeiten wurden am Laagberg in Wolfsburg Fundamente einer Außenstelle von Neuengamme gefunden. Darf auf einem einstigen KZ Gelände nun ein Einkaufszentrum entstehen?



Entdeckt: Überreste des KZ Außenlagers am Laagberg Foto: Wikimedia

Hört man den Menschen in Wolfsburg nur ein paar Minuten zu, wird deutlich, warum kein Einkaufszentrum auf KZ-Mauerresten gebaut werden darf. Der NDR hat Leute auf der Straße gefragt, was sie von der Idee halten. Da sagt eine Frau: „Man muss nicht andauernd vor Augen geführt kriegen, was mal gewesen ist.“ Und ein Mann: „Das ist schon so lange her und ein Einkaufszentrum wäre für mich natürlich optimal. Nicht nur ein Lidl, sondern auch mal was anderes.“ Und er setzt noch nach: „Ich möchte darüber gar nicht nachdenken, was da früher war. Wenn das weg ist, ist es weg und alles ist gut.“

Ein Ort zum Shoppen und alles ist gut? So einfach ist es natürlich nicht. Immer weniger Zeitzeugen leben. Wenn sie von ihren Erinnerungen an die grausamen Zustände in Konzentrationslagern wie dem in Wolfsburg-Laagberg sprechen, von der Zwangsarbeit und dem Hunger, können sie ein solches Desinteresse vielleicht durchbrechen und Emotionen in ihrem Gegenüber wecken. In Zukunft aber, wenn die letzten Überlebenden tot sind, müssen die Orte für sie sprechen, an dem die Men-

schen solches Leid erfahren haben.

Dafür, solche Plätze zu Erinnerungsorten zu machen, an denen Schüler und Schülerinnen lernen zu begreifen, welche Dimension die Verbrechen der Nazis hatten, haben wir eine große Verantwortung. Es ist ein großes Glück, dass diese Mauerreste gefunden und erhalten geblieben sind. Eine Spur der Vergangenheit die man greifen kann.

In der Außenstelle des KZ Neuengamme in Wolfsburg wurden fast 800 Deportierte zur Arbeit gezwungen.

Mindestens 144 Menschen haben sich dort entweder zu Tode geschuftet oder wurden wegen Erschöpfung zurück ins Stammlager geschickt und gegen kräftigere Häftlinge ausgetauscht. Ihren Todesort kann man nicht einfach verlegen. Auch nicht um ein paar Meter, damit das Einkaufszentrum wie geplant gebaut werden kann. Erinnerung geht vor Konsum. In Auschwitz wird auch nicht geschöpft.

Was spricht dagegen, das Einkaufszentrum um ein paar Meter zu versetzen? Das wäre trotz der sicher anfallenden Mehrkosten besser, als eine KZ-Gedenkstätte an einen Ort zu verschieben, der ohne Bezug zur Geschichte ist. **ANDREA SCHARPEN**

NEIN

WIE UMGEHEN MIT KZ ÜBERRESTEN?

Einkaufszentrum sorgt für Widerstand

ERINNERN In Wolfsburg wird ein Einkaufszentrum gebaut werden, wo ein Außenlager des KZ Neuengamme war. Daran stören sich viele

Gehen Wolfsburger bald auf dem Gelände shoppen, wo Fundamentreste des Konzentrationsaußenlagers Neuengamme gefunden wurden? Das ist zumindest der Plan, aber der stößt in der Stadt auf heftige Kritik. Das Außenlager Laagberg bestand von April 1944 bis April 1945. Die fast 800 Häftlinge wurden im nahen Betrieb für den Kdf-Wagen, dem Vorläufer des VW-Werks, als Zwangsarbeiter eingesetzt. Mehr als 140 Gefangene starben. Heute ist der Laagberg ein bürgerlicher Stadtteil mit Einfamilienhäusern und Grünanlagen, Mietskasernen gibt es kaum. Die Fundamentreste des ehemaligen KZ wurden erst im vergangenen Jahr bei Bauarbeiten für das geplante Einkaufszentrum entdeckt.

„Dass man hier so gut erhaltene Reste findet, hätten wir aber nicht gedacht“, sagte Wolfsburgs Oberbürgermeister Klaus Mohrs (SPD) damals. Und präsentierte kurz darauf die Idee der Stadtverwaltung: Die Fundamente sollten ausgegraben und an anderer Stelle mitsamt eines Dokumentations- und Bildungszentrums zum Lager Laagberg wieder aufgebaut werden. Die Baugrube sollte zugeschüttet, der Einkaufsmarkt wie geplant errichtet werden.

Verlegung ist unangemessen Eine „unsägliche Idee“ nennt das die Vereinigung der Verfolgten des Nazi-Regimes (VVN). Der Ort massenhaft Verbrechens könne nicht einfach verlegt werden. Auch der langjäh-

rige VW-Chef-Historiker Manfred Grieger hält eine Verlegung für unangemessen. „Jeder weiß schließlich, dass da ein KZ mit Wachtürmen und Stacheldraht stand“, sagte er dem NDR. „Die Polizei verlegt ja auch nicht einfach einen Tatort.“

Amicale Internationale de Neuengamme, der Dachverband der ehemaligen Häftlinge aus Belgien, Frankreich und Deutschland, ist ebenfalls gegen die Verlegung der Fundamentreste. Amicale-Präsident Jean-Michel Gaussoit schreibt im April an Oberbürgermeister Mohrs: „Wir können nicht nachvollziehen, dass die Planungen zur Bebauung anscheinend ohne vorige Rücksprache mit den betroffenen Institutionen und Einrichtungen durch-

geführt wurden.“ Die Fundamente seien wichtiges Zeugnis der nationalsozialistischen Gewaltherrschaft in Wolfsburg. Sie böten Schülerinnen und Schülern die Möglichkeit, sich vor Ort mit der Geschichte des KZ Laagberg auseinanderzusetzen und die Erinnerung an die dort Inhaftierten zu bewahren.

Die Proteste der Opferverbände wurden gehört und ein neuer Vorschlag vorgelegt. Danach soll ein Teil der Barackenfundamente vor Ort bleiben und „sichtbar gemacht“ werden. In unmittelbarer Nähe des Fundortes, wo die Gefangenenbaracke 1 des Außenlagers Laagberg stand, werde ein „Gedenk- und Bildungsort“ errichtet, kündigt Mohrs an. „Er soll die Aufgabe erfüllen, Erinnerungs-

Forschungs- und politische Bildungsarbeit zu verbinden und eine aktive gedenkstättenpädagogische Arbeit ermöglichen.“

Kompromiss vorgeschlagen

Ein Kompromiss, mit dem zumindest Amicale leben kann. Präsident Gaussoit lässt verlauten, er erkenne „das Potenzial der angedachten Kompromisslösung“ an. Sie habe immerhin den Vorteil, dass die Spuren des ehemaligen Lagers erhalten blieben und die Geschichte dieses Ortes den zukünftigen Generationen vermittelt werden könne. Trotzdem bedauert Gaussoit die Beibehaltung des Ortes, an dem die Baracken standen, mit Gebäuden, die keinen Bezug zur Geschichte des Platzes haben werden.

Eigentlich sollte der Wolfsburger Stadtrat bereits über die Beschlussvorlage entschieden haben. Doch Oberbürgermeister Mohrs setzte die Abstimmung zuletzt kurzfristig ab. Unmittelbar vor der Sitzung, in der abgestimmt werden sollte, hatte das Netzwerk der KZ-Lagergemeinschaften sich mit einem Appell an die Stadt gewandt: „Wir fordern einen respektvollen Umgang mit diesen wertvollen Funden, stimmen sie deren Verlegung vom originalen historischen Ort in der Ratssitzung nicht zu.“ Ob und welche Fundamente nun verlegt werden, und ob auf dem Gelände eine Gedenkstätte entsteht, will das Kommunalparlament nun in einer Sondersitzung im August besprechen. **REIMAR PAUL**